Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Eine Katze im Sack kaufen? Von dir, ohne mich einen Augenblick zu bedenken! Natürlich verspreche ich dirs!

Bravo, bravo! rief Lady Blanchemain über ihren leichten Sieg. In einigen Tagen wirst du einen Brief bekommen, aus dem du ersehen kannst, zu was du dich verpflichtet hast. Und nun komme mit in mein Wohnzimmer, da werde ich dir zur Belohnung deiner Tugend ein kleines Geschenk machen.

In dem kühlen, dämmerigen Wohnzimmer mit seinen halbgeschlossenen Jalousien und den strohfarbnen Hüllen über den Möbeln legte sie ein kleines Kästchen aus Chagrinleder in seine Hand; es war klein und hart und an den Ecken abgestoßen und weiß von Alter. Geh ans Fenster und sieh, was drin ist, bat sie.

Gehorsam tat John, wie ihm geheißen worden war.

Wahrhaftig, rief er, das ist ja wunderbar! Das ist ganz köstlich! Das Kästchen enthielt einen Ring, einen schmalen Goldreif mit einem in einen Kreis von Diamanten gefaßten Rubin — dem schönsten Rubin, den John je gesehen hatte. Er war etwa so groß wie eine Haselnuß und mit zahllosen Fassetten in die Form eines Herzens geschliffen und glühte und flimmerte, strahlte und leuchtete wie flüssiges rotes Feuer.

Das ist der destillierte und kristallisierte Geist einer Rose, bemerkte Lady Blanchemain.

Das ist ein Tropfen flüssigen Lichtes, sagte John bewundernd. Aber warum willst du ihn mir geben? Ich kann ihn nicht tragen und glaube, ich darf ihn nicht annehmen.

Es verlangt ja niemand von dir, daß du ihn trägst, gab die Lady zurück; es ist ja natürlich ein Damenring! Was das Annehmen anlangt, so brauchst du dir darüber kein Gewissen zu machen. Es ist ein altes Familienkleinod der Blanchemain, das schon hundert Jahre vor mir in die Familie kam — also ein richtiges Erbstück, und du bist der Erbe. Ich schenke dir diesen Ring zu einem ganz bestimmten Zweck: solltest du je in die Lage kommen, dich zu verloben, so stecke ihn dem abenteuerlichen Wesen an den Finger.

(Fortsetzung folgt)

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Politik und Sozialpolitik. Der Reichskanzler und Graf Posadowsky. Die Aussichten der Finanzreform. Algeciras und Englands völkerrechtliche Grundsätze vom Januar 1871.)

Die weit ausgesponnenen Debatten beim Etat des Reichsamts des Innern haben in diesem Jahre insofern mehr Interesse erweckt als in frühern, als dabei Gegensätze zutage traten, an die man bisher, wenigstens in dieser Deutlichkeit, nicht gewöhnt war. Der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, hat es bei seiner außerordentlichen Hingebung beim Zolltarif um die Konservativen wahrlich nicht verdient, daß diese im Parlament und in der Presse gegen ihn Front machen, wobei diese Frontstellung bis weit in die nationalliberalen Kreise hinein Verlängerung findet. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Auffassung ziemlich verbreitet ist, es werde etwas zu viel Sozialpolitik getrieben; weder sei es in den betreffenden Bevölkerungskreisen möglich, sich in die Fülle der neuen Gesetze und Verordnungen einzuleben, noch werde damit irgendwelcher Einfluß auf die Sozialdemokratie selbst und auf die zu dieser bisher noch nicht gehörende Arbeiterschaft erreicht. Für die Sozialdemokratie sind die Kämpfe auf dem Gebiete der Sozialpolitik nur Mittel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zum Zweck. Sie will soziale, wirtschaftliche Unzufriedenheit erregen oder vorhandne dazu ausbeuten, politische Unzufriedenheit damit hervorzurufen, zu fördern und für ihre eigentlichen Zwecke auszunutzen. Liegt somit das Operationsgebiet der sozialdemokratischen Partei nur zum Teil auf dem wirtschaftlichen Terrain, so ist es doch natürlich, daß sie auch dort bekämpft werden muß, und dieser Kampf kann nicht anders geführt werden als durch Maßnahmen, die einer etwa berechtigten Unzufriedenheit mit Erfolg abzuhelfen imstande sind. Was daneben auf politischem Gebiet zu geschehen hat, ist unabhängig davon.

Freilich läßt sich nicht leugnen, daß auf dem politischen Gebiete der Kampf vom Staate seit Aufhebung des Sozialistengesetzes mit einer außerordentlichen Nachsicht betrieben worden ist, die wohl von der Erwägung ausging, daß nachdem man auf die Repressivmittel des Sozialistengesetzes verzichtet habe, man auch die Konsequenzen ziehn und der sozialdemokratischen Partei das Wort in Schrift und Rede freigeben müsse, ihr überhaupt mit den Machtmitteln des Staates erst in dem Augenblick gegenübertreten solle, wo sich die Propaganda in Gewalttätigkeiten umsetzen oder solche zur Folge haben werde. Man hat vielleicht anfänglich geglaubt, daß ein solcher Zeitpunkt unter Mißbrauch der gegebnen Freiheit sehr bald eintreten werde. Die Sozialdemokratie jedoch ist klug genug gewesen, eine andre Taktik zu befolgen und sich zunächst die möglichste Vermehrung der Zahl ihrer Anhänger angelegen sein zu lassen. Sie konnte diesem Ziele nach Aufhebung des Sozialistengesetzes um so leichter nachstreben, als der Propaganda in Presse, Versammlungen und Vereinen von der Behörde keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt wurden, und sich die Zahl der Mitläufer, die es bisher nicht gewagt hatten, dadurch schnell ins ungemessene vermehrte. Neuere Erscheinungen dürfen wohl als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Zahl dieser Mitläufer verhältnismäßig groß ist und sicherlich die Hälfte, wenn nicht mehr, der eigentlichen sozialdemokratischen Wählerschaft erreicht. Sie ist heute hie und da vielleicht schon wieder im Abnehmen.

Es war, wenn auch nicht ganz unvermeidlich, so doch in der Natur der Dinge begründet, daß eine umfassende sozialpolitische Gesetzgebung, die die Minderung oder die Beseitigung wirtschaftlicher Unzufriedenheit und ihrer berechtigten Ursachen zum Gegenstande hatte, sich mehr im Interesse der Arbeiter als der Unternehmer vollziehn mußte. Die Unzufriedenheit, die dadurch in den Reihen dieser erweckt wurde, ist damit wesentlich größer geworden als die Befriedigung in den Kreisen der Arbeiter, die doch in der Mehrzahl nicht in der Lage sind, das Erreichbare vom Wünschenswerten zu unterscheiden, und in der Befriedigung von berechtigten Forderungen nur zu leicht den Antrieb sehen, neue unberechtigte aufzustellen, deren Nichtbefriedigung dann selbstverständlich der Sozialdemokratie zustatten kommt. Man darf, ohne auf Widerspruch zu stoßen, behaupten, daß eine ganze Reihe solcher Forderungen von sozialdemokratischer Seite nur veranlaßt wird, um im vollen Bewußtsein ihrer Unerfüllbarkeit durch die Nichterfüllung Anhänger zu werben. Das Feld zu ergiebigem positivem Schaffen in der Sozialpolitik ist so ausgedehnt, daß eine Aktion des Staates, die sich in der Richtung bewegte, auf diesem Gebiete möglichst Mißstände abzustellen und Befriedigung zu schaffen, dabei aber zugleich auf dem eigentlichen politischen Gebiete der Sozialdemokratie den Weg freigab, unvermeidlich in den Anschein geraten mußte, in einem Gegensatze zu den arbeitgebenden, besitzenden und intelligenten Kreisen der Nation, zu dem eigentlichen nationalen Kern des Staates, zu stehn. Der Repräsentant des positiven Teiles der Staatsaktion ist bei dem Versagen der frühern preußischen Handelsminister der Graf Posadowsky. Sein unendlicher Fleiß, seine unermüdliche Tätigkeit und die vor ihm noch niemals erreichte Summe seiner Kenntnisse, die nur eine Folge einer schier unerschöpfbaren Arbeitskraft ist, haben ungeachtet der großen persönlichen Achtung, die ihm allerseits gezollt wird, ihn nicht davor geschützt, das Angriffsobjekt der genannten Kreise zu werden, die mit der positiven Tätigkeit des Staates auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung und mit der bisher ziemlich negativen in der politischen Bekämpfung der Sozialdemo-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kratie unzufrieden sind. Obgleich Graf Posadowsky mit festen und harten Worten an die Sozialdemokratie bei gegebner Gelegenheit nicht gespart hat, hat man doch zwischen seiner Haltung und der des Reichskanzlers, dessen Stellvertreter er ist, diametrale Gegensätze finden wollen, deren Unvereinbarkeit notwendigerweise zu einer Trennung führen müsse.

Die Unrichtigkeit dieser Auffassung ist seitdem zur Genüge festgestellt worden, und es bleibt heute nur die Frage übrig, wie der Irrtum überhaupt möglich war. Zunächst dadurch, daß der Reichskanzler, der vor allem das politische Gebiet ins Auge zu fassen hat, hinsichtlich der auswärtigen Politik, der Kolonialpolitik, sodann aber auch hinsichtlich solcher Fragen, die den Kern des monarchischen Staatswesens berühren, fortdauernd scharfen Angriffen der sozialdemokratischen Gegner und ihrer Presse ausgesetzt ist. Sein Verhältnis zur Partei ist deshalb scharf zugespitzt worden, und als die Sozialdemokratie im Laufe des Dezembers und des Januars, gehoben durch die Vorgänge in Rußland, eine drohende Haltung und Sprache annahm, mit dem „Russischreden" drohte und ankündigte, auf die Straße hinabzusteigen, da war es Recht und Pflicht des Reichskanzlers, deutsch mit ihr zu reden und ihr klarzumachen, daß sie einem Widerstande begegnen werde, dem sie nicht gewachsen sei. So Fürst Bülow als verantwortlicher Vertreter der allgemeinen Politik. Graf Posadowsky steht dem Reichstage zunächst als Ressortchef des Reichsamts des Innern gegenüber. Während der Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident auch im Herrenhause und im Abgeordnetenhause Fragen der allgemeinen Staatspolitik zu erörtern und demgemäß für deren einheitliche Behandlung zu sorgen hat, hat Graf Posadowsky, obwohl preußischer Staatsminister, im preußischen Landtage nichts zu tun, sondern ist parlamentarisch auf die Vertretung seines Ressorts im Reichstage beschränkt, allerdings des umfangreichsten, das wir überhaupt in der Regierung haben. Diesem Ressort liegt aber die eigentliche Politik fern. Der politische Kampf gegen die Sozialdemokratie, so weit er nicht vom Reichskanzler geführt wird, ist weit mehr Sache der verwaltenden Ministerien, d. h. der Ministerien des Innern in den Einzelstaaten. Im Reichsamt des Innern sind politische Aufgaben im eigentlichen Sinne nur insofern konzentriert, als das Amt das Verbindungsglied zwischen dem Reichskanzler und den Einzelstaaten sowie zwischen Bundesrat und Reichstag bildet.

Das Reichsamt des Innern ist nicht wie das preußische Ministerium des Innern eine verwaltende Behörde, sondern tatsächlich ein Ressort für die Vorbereitung von Gesetzen und für die Überwachung ihrer Ausführung. Der Staatssekretär dieses Amtes hat sowohl in dieser Eigenschaft wie als Mitglied des preußischen Staatsministeriums selbstverständlich zu allen ernsten politischen Fragen, die Reich und Staat bewegen, Stellung zu nehmen. Da alle wichtigen politischen Vorlagen, ehe sie an den Bundesrat kommen, zunächst das preußische Staatsministerium passieren, so ist der Staatssekretär des Reichsamts des Innern sehr wohl in der Lage, sich zu jedem in seinem Ressort ausgearbeiteten politischen oder wichtigern sozialpolitischen Gesetzentwurf im preußischen Staatsministerium auszusprechen, aber die politische Bekämpfung der Sozialdemokratie kann für ihn immer nur eine sekundäre, nebenamtliche Aufgabe sein, indem er bei seinen gesamten sozialpolitischen Maßnahmen im Auge behält, welchen Einfluß sie auf die Sozialdemokratie und deren Tätigkeit voraussichtlich üben werden. Er ist dabei in der sehr bevorzugten Lage, von einem weitausschauenden Mittelpunkte, von einer sehr hohen Warte aus die Gesamtlage zu übersehen. Wenngleich er sich mit der politischen Tätigkeit, der Organisation der Sozialdemokratie, ihren Vereinen, ihren Versammlungen und ihrer Presse nicht zu beschäftigen hat, weil das nicht zu seinem Ressort gehört, und weil er ihr gegenüber auch keinerlei administrative Maßnahmen treffen kann, so hat er dafür einen um so genauern Einblick in die vielen Wirkungskreise seines Ressorts, in die Stellung der Sozialdemokratie zu den sozialpolitischen Maßnahmen des Reiches und in deren Wirkung auf die Arbeiterkreise. Es ist

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gewissermaßen angewandte Mathematik, die im Reichsamt des Innern getrieben wird, und wenn bei einem so großen Ressort gewisse Ressortliebhabereien in den einzelnen Abteilungen vielleicht unvermeidlich sind und sich in einer Weise bekunden, der der Staatssekretär nicht immer nach seiner eignen Überzeugung entgegentreten kann, so ist es doch selbstverständlich, daß sich die politischen Grundzüge, nach denen dieses Ressort arbeitet, den maßgebenden Anschauungen des Reichskanzlers oder der zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär in den einzelnen Fällen erzielten Verständigung anzupassen haben.

Was man dem Reichsamt des Innern, nicht der Person, sondern dem Amt in seiner großen Ausdehnung gern zum Vorwurf macht, ist, daß ihm der unmittelbare Zusammenhang mit dem praktischen Leben fehle, ein Vorwurf, der sich mit demselben Rechte gegen jede Behörde wendet, die keine administrative Tätigkeit auszuüben hat. Beim Reichsamt des Innern wird dieser Mangel, soweit er überhaupt tatsächlich vorhanden ist, reichlich ersetzt durch die zahlreichen Enqueten, die jahrein jahraus über alle möglichen Fragen und Bevölkerungsgruppen geschehen, das Amt in unmittelbare Berührung mit den betreffenden Kreisen setzen und es somit um eine Fülle von Kenntnissen aus dem unmittelbaren praktischen Leben bereichern, wie sie gleichwertig so leicht in keinem andern Ressort angesammelt werden können. Daraus ergibt sich aber als weitere Folge, daß dort die Beurteilungsfähigkeit für Ursachen und Wirkungen größer sein muß als an vielen andern amtlichen Stellen, und daß auch für die meisten Erscheinungen auf dem sozialpolitischen Gebiete die Zusammenhänge dort sehr viel genauer und sehr viel weiter übersehen werden, als es oft innerhalb der einzelnen Berufssphären selbst der Fall ist. Wenn ferner dem Reichsamt des Innern ein Zuviel an sozialpolitischer Gesetzgebung und namentlich die Einseitigkeit der Richtung vorgehalten wird, so soll man bei diesem Vorwurf nicht übersehen, daß fast alle diese Maßnahmen auf Beschlüssen des Reichstags, sei es auf Initiativanträgen, sei es auf Resolutionen, beim Etat oder andern Gesetzen beruhen. Bei dem nicht geringsten Teil dieser Beschlüsse haben die Parteien, aus deren Reihen jetzt der Vorwurf ertönt, entweder mitgestimmt, oder sie sind nicht zur Stelle gewesen, um die Beschlüsse zu verhindern oder der Regierung einen Rückhalt und ein Gegengewicht zu bieten. Die alljährliche Behandlung des Etats des Reichsamts des Innern durch die einzelnen Fraktionen des Reichstags ist in dieser Hinsicht außerordentlich beredt, und wir glauben, daß dem Grafen Posadowsky schweres Unrecht geschieht, wenn man ihn in einem Lichte darstellt, als trage er gar kein andres Verlangen, als alljährlich ein Füllhorn sozialpolitischer Gesetze über den Reichstag auszuschütten. Eher dürfte das Gegenteil zutreffen.

Man darf sich da zunächst wohl die Frage vorlegen, wieviel Zeit für die Ausarbeitung solcher Vorlagen vorhanden ist. Der Schluß des Reichstags fällt in den Beginn der Urlaubszeit, mitunter in den Hochsommer. Dann müssen die vom Reichstag angenommnen Gesetze zur Ausführung vorbereitet werden, mitunter recht umfangreiche Ausführungsbestimmungen, die eine weitläufige Korrespondenz mit den Einzelstaaten nötig machen, sind zu erlassen, das gewaltige Berichtsmaterial, das sich in den vielen Ressortabteilungen des Reichsamts des Innern angesammelt hat, muß durchgearbeitet werden, der neue Etat ist vorzubereiten. Aber ehe diese Arbeit auch nur einigermaßen bewältigt werden kann, ist die Zeit für die nächste Reichstagssession schon wieder da. Der Staatssekretär und ein nicht geringer Teil seiner Räte sind dann wieder dazu verurteilt, Wochen auf Wochen in Kommissions- und Plenarsitzungen zuzubringen. Man wird nicht gut annehmen dürfen, daß jemand, der Vormittags einer dreistündigen Kommissionsberatung und Nachmittags einer fünf- oder sechsstündigen Plenarsitzung beigewohnt hat, noch in der Lage sei, körperlich und geistig mehr als das Dringendste, was der Tag gebracht hat, zu erledigen. Daher kommt es, daß ein großer Teil der Arbeit im Reichsamt des Innern tatsächlich nur ein Arbeiten für den Reichstag und auf Grund seiner Beschlüsse ist, die Zeit wird nicht allzufern sein, wo man der Frage wird näher

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

treten müssen, die eigentlich sozialpolitischen Aufgaben und Ressortabteilungen des großen Amts von allen andern freizumachen. Die Zahl der dem Amt untergestellten Behörden wächst ins unermeßliche; sie alle zu leiten, im Auge zu behalten, zu kontrollieren und zu entwickeln geht über die Arbeitskraft eines einzelnen, sogar des tüchtigsten Mannes weit hinaus. Eine Leistung, wie der jetzige Staatssekretär des Innern sie vollbringt, ist nur unter völligem Verzicht auf alles Behagen, auf alle Annehmlichkeiten des Lebens möglich. Graf Posadowsky ist sein Amt, er geht vollständig darin auf. Er erscheint kaum in der Gesellschaft, seine Anwesenheit bei einem Diner oder einem Festmahle ist eine außerordentliche Seltenheit; Repräsentationsreisen gibt es bei ihm nicht. Seine rastlose Innerlichkeit nimmt ihn so in Anspruch, daß für die Äußerlichkeiten des Lebens nichts oder doch nur sehr wenig übrig bleibt. Er ist nicht ein Beamter, den man, wie Bismarck einst von einem Staatssekretär des Innern sagte, „mit einem Fünfhunderttalerschein in das Parlament schicken kann, um ihn dort in kleine Münze umzuwechseln," d. h. einen ihm mitgegebnen gesetzgeberischen Gedanken in hundert Paragraphen zu zerlegen, er trägt in sich selbst die schöpferische Kraft. In der persönlichen Vertretung seines Ressorts vor dem Reichstage, sogar bis in alle Kleinigkeiten und in der Beantwortung der unglaublichsten Fragen, geht er fast zu weit. Als Landrat, Abgeordneter, dann Landeshauptmann der Provinz Posen, dann Staatssekretär des Reichsschatzamts, später des Reichsamts des Innern und Vorsitzender im Bundesrat hat er eine Laufbahn durchmessen, die in ihrer Entwicklung, wenn man davon absieht, daß zweiundzwanzig Jahre davon in die Provinz Posen fallen, als die denkbar wünschenswerteste Vorbereitung für seine jetzige Stellung bezeichnet werden muß. Seit 1893 im Bundesrat, ist er dessen ältestes preußisches Mitglied. Diese Hinweise genügen, für jedermann begreiflich zu machen, daß ein solcher Mann nicht so ohne weiteres zu ersetzen ist, und der Reichskanzler denkt schwerlich daran, einer Dissonanz, die nicht zwischen ihm und dem Grafen Posadowsky, sondern zwischen diesem und einzelnen Gruppen des Reichstags besteht, praktische Folge zu geben. Der Reichskanzler bekämpft die Sozialdemokratie auf politischem Gebiete, der Staatssekretär des Innern auf sozialpolitischem, um ihr da durch geeignete Maßnahmen das Wasser abzugraben. Sollte sich dabei einmal in den Ausführungen beider Staatsmänner ein Divergieren in einzelnen Anschauungen zeigen, so sind doch jedenfalls prinzipielle Gegensätze nicht vorhanden. Gelegentliche Divergenzen werden aber zumeist nicht von den Anschauungen der Redner, sondern mehr noch von den Anlässen, bei denen die Reden gehalten werden, durch Äußerungen von Vorrednern, auf die zu antworten war, und durch ähnliche Ursachen hervorgerufen werden. Das kommt wohl auch bei Rednern einunderselben Partei vor. Unmöglich kann ein Minister bei tagelangen Debatten immer im Kopfe haben, was ein Kollege oder auch der vorgesetzte Reichskanzler vor Tagen, Wochen oder Monaten gesagt hat. Die Hauptsache ist, daß Grundanschauungen und Ziele übereinstimmen, und das ist zwischen dem Reichskanzler und seinem Stellvertreter durchaus der Fall, wie Fürst Bülow das soeben vor dem Handelstage von neuem bekräftigt hat, indem er zugleich im Sinne seines Vertreters jene Anerkennung für das deutsche Unternehmertum aussprach, die jüngst neben der in einer Reichstagsrede des Grafen Posadowsky ausgesprochnen Anerkennung für die deutschen Arbeiter vermißt worden war.

Die Aussichten der Steuervorlagen haben sich mehr und mehr verringert, und die Parteien werden sich Rechenschaft darüber geben müssen, wie sie das von ihnen anerkannte Defizit von 200 Millionen zu decken beabsichtigen. Gerade in den Steuerfragen macht sich der Gegensatz zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat sehr zum Nachteil des ersten geltend. Um so mehr haben alle, denen an der Erhaltung des bundesstaatlichen Gedankens gelegen ist, die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Gedanke nicht Schaden leide. Das gilt sowohl von den Regierungen, bei denen in Steuerfragen eine Übereinstimmung nur unter großen Schwierigkeiten zu erzielen ist, als vom Reichstage, in dessen Schoße nicht nur die Parteigegensätze, sondern

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auch noch die Interessen der Einzelstaaten eine das Ganze schädigende Rolle spielen. Wenn ein konservativer Redner erklärte, es sei das beste, der Mehrbedarf werde durch Matrikularbeiträge aufgebracht und in den Einzelstaaten durch Zuschläge zur Einkommensteuer gedeckt, so ist eine solche Äußerung wohl in einem Anflug von übler Laune erklärlich, aber erstens haben nicht alle deutschen Staaten eine Einkommensteuer, zweitens sind die Grundsätze der Veranlagung grundverschieden, sodaß Zuschläge für Reichszwecke die Mehrbelastung in den einzelnen Bundesstaaten sehr ungerecht verteilen würden. Auch ein Gesetz, das eine gleichmäßige Landeseinkommensteuer in allen Bundesstaaten einführen wollte, würde wegen der grundverschiednen wirtschaftlichen Verhältnisse auf große Schwierigkeiten stoßen, weil es eine ebenso große Ungerechtigkeit sein würde wie die heutigen Matrikularbeiträge als Kopfsteuer. Deutschland hat bei der Deckung seines Reichsbedarfs mit dem großen Nachteil zu kämpfen, daß es nicht wie England eine kleine Anzahl wirklich einträglicher Steuern haben kann, sondern daß die Steuerobjekte in allen Ecken und Winkeln gesucht werden müssen. Auf die Dauer wird mit einer solchen Einrichtung doch nicht gewirtschaftet werden können, weil sie den Bedarf nicht deckt.

Die internationale Situation wird nach wie vor von dem bestehenden Gegensatz in der Marokkofrage beherrscht. Nachdem Deutschland im vorigen Sommer erklärt hat, daß es „hinter Marokko" steht, nachdem die Souveränität und Integrität des Landes nicht nur vom Kaiser feierlich anerkannt, sondern auch zur Grundlage des zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarten Konferenzprogramms gemacht worden ist, darf man sich durch die einzelnen wechselnden Phasen, denen in der Presse leicht eine zu große Bedeutung beigemessen wird, nicht beirren lassen. Frankreich wird schließlich doch von seinen weitgehenden Ansprüchen absehen, denn es ist ein schon durch die Londoner Konferenz von 1871 von englischer Seite festgelegter völkerrechtlicher Grundsatz, daß internationale Verträge nicht einseitig durch einen der Signatare abgeändert oder für nicht mehr verbindlich erklärt werden dürfen. Hat man das damals für den Pariser Vertrag von 1856 als Recht anerkannt, so muß derselbe Grundsatz auch bei der Madrider Konvention von 1880 gelten. Damals — 1871 — war in England die liberale Partei am Ruder, und Lord Granville Staatssekretär des Auswärtigen, der die Festlegung jenes Prinzips mit großer Energie verfocht und nach vielen Schwierigkeiten durchsetzte. Um so weniger wird die heute in England regierende liberale Partei sich von jenem Vermächtnis ihrer ehemaligen Führer losmachen können, und sie wird, falls Frankreich wider alles Erwarten die Konferenz zum Scheitern bringen sollte, nachher um so mehr für die Erhaltung des Status quo eintreten müssen, als sie, wenn Rußland von neuem die Meerengenfrage aufrollen sollte, in einen krassen Widerspruch zu sich selbst geraten würde. Aber bis jetzt hat die Annahme noch Berechtigung, daß Rouvier den Herrn Revoil in Algeciras austoben läßt. Deutschlands ruhige Festigkeit wird dem französischen Premier diese Absicht um so mehr erleichtern, als es mit seiner Grundanschauung keineswegs alleinsteht. *§*

Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt (bei Mittler und Sohn erschienen). Ein stattlicher Band von mehr als dreihundert Seiten mit sehr reichhaltigem Inhalt. Man kann diese im Reichsmarineamt zusammengestellte Arbeit als Fortsetzung der Zusammenstellungen über die Seeinteressen des Deutschen Reiches aus den Jahren 1897 und 1900 betrachten. Die Arbeit zeigt eine sehr gesunde Entfaltung der deutschen Seeinteressen, zeigt aber auch, daß uns das Ausland auf vielen Gebieten noch weit überlegen ist, und daß deshalb der Wettbewerb auf dem Weltmarkt an den deutschen Unternehmungsgeist hohe Anforderungen stellt; der Deutsche kann seine oft mühsam errungnen Erfolge zum Besten seiner gesamten Volkswirtschaft nur sichern und fördern, wenn er auf den Schutz durch die Reichsgewalt rechnen darf. Die sehr schnell wachsende Bevölkerung in Deutschland, die jetzt schon fast eine Million Menschen im Jahre ausmacht, zwingt aber

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

täglich mehr dazu, die Absatzgebiete für deutsche Waren im Auslande zu erweitern und dafür Sorge zu tragen, daß der deutsche überseeische Verkehr, also der Seehandel, nicht gestört werde. Denn für das Gedeihen des Reichs ist die Sicherung und Förderung der deutschen Seeinteressen eine der wichtigsten, für die nächste Zukunft sogar zweifellos die wichtigste Aufgabe.

Betrachtet man die Seeinteressen im einzelnen, so zeigt die vorliegende Arbeit, daß der deutsche Seehandel im letzten Jahrzehnt um 75 Prozent (68 Prozent mit europäischen und 93 Prozent mit außereuropäischen Ländern) zugenommen hat. Am abhängigsten vom Seehandel ist die deutsche Textilindustrie, die neun Zehntel ihrer Rohstoffe vom Auslande, meist zur See bezieht und fast drei Viertel ihrer Ausfuhr in Ländern des Seeverkehrs absetzt. Die wichtigste deutsche Industrie, die Metallindustrie, setzt beinahe drei Viertel ihrer Ausfuhr auf dem Seewege ab. Der Schiffahrtsverkehr in deutschen Häfen hat im letzten Jahrzehnt um mehr als 52 Prozent zugenommen; der Anteil der deutschen Flagge an dieser Steigerung ist sehr groß. Die Frachtleistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte hat sich von 1893 auf 1903 verdoppelt und steigt noch schnell weiter. Sehr interessant ist die ausführliche Untersuchung über die Verkehrsleistungen deutscher Schiffe zwischen den verschiednen Ländern; der Seeverkehr deutscher Schiffe mit fremden Häfen hat sich im letzten Jahrzehnt um die Hälfte vermehrt. Dabei muß man beachten, daß die modernen Riesendampfer die Hauptrolle in diesem Verkehr spielen, und daß der einst so wichtigen Segelschiffahrt nur noch 5 Prozent aller beladnen Schiffe zufallen. Verkehrszunahmen kann man mit afrikanischen, nord- und südamerikanischen Häfen, am meisten aber mit kleinasiatischen und ostasiatischen Häfen verzeichnen. Es läßt sich auch nachweisen, daß die andern Seestaaten zwar auch mit starken Verkehrszunahmen im letzten Jahrzehnt rechnen können, daß aber die deutsche Flagge im Verhältnis zum Seeverkehr aller Länder, außer dem Japans, überall ihre Stellung erweitert hat; z. B. nahm der Seeverkehr Großbritanniens mit fremden Ländern in derselben Zeit nur um 41 Prozent zu, während der deutsche um 50 Prozent stieg. Den gewaltigen Aufschwung, in dem die deutsche Reederei begriffen ist, kann man am deutlichsten aus dem Anwachsen der deutschen Seedampferflotte (der Handelsfahrt) erkennen. Der Nettoraumgehalt der Dampfer betrug 1895: 759089 Registertonnen, 1905 aber 1774072 Registertonnen! Dabei stieg die Zahl der Dampfer nur von 1043 auf 1657, ein deutlicher Beweis für das Anwachsen der Schiffsgröße! Von Anfang 1900 bis Ende 1905 verdoppelte sich der Kurswert der Hamburger und der Bremer Reedereiaktien! Das sind Zahlen, die deutlich genug zeigen, was für schwere Verluste Deutschland in einem unglücklichen Kriege mit einer großen Seemacht drohen. Der Wert der gesamten deutschen Handelsflotte stieg von 337 Millionen Mark im Jahre 1895 auf 810 Millionen im Jahre 1905; für Hamburg allein steigerte sich in denselben Jahren der Wert der Dampferflotte von 125 auf 400 Millionen Mark. Andre sehr beachtenswerte Zusammenstellungen beweisen den Aufschwung und die starke Steigerung der Leistungsfähigkeit des deutschen Schiffbaugewerbes im letzten Jahrzehnt. Die Arbeiterzahl hat sich von 1890 auf 1905 verdoppelt. Hand in Hand mit der Entwicklung der Handelsflotte geht die Vergrößerung der deutschen Seehafenanlagen, für die alljährlich große Summen aufgewandt werden.

Auch die deutsche Hochseefischerei ist — nicht zum wenigsten dank den Bemühungen des Deutschen Seefischereivereins — in gesundem Wachstum begriffen, obgleich allerdings der Heringsbedarf für das deutsche Volk zum größten Teile noch aus dem Auslande bezogen werden muß. Es wird Zeit, daß die durchschnittlich $67^1/_2$ Millionen betragende Seefischeinfuhr aus dem Auslande (darunter durchschnittlich $39^1/_2$ Millionen für Heringe) durch den Fang deutscher Seefischereifahrzeuge gedeckt wird. Diese $67^1/_2$ Millionen jährlich sind vergeudetes Geld, weil die Seefische Erzeugnisse des Meeres, also freie Seebeute sind, darum dem gehören, der sie in seinen Netzen sammelt. Es wäre wirklich besser, wenn dieses hübsche Sümmchen jährlich dem deutschen Seefischereibetriebe zugute käme. Wie manchem Arbeitlosen

und Landstreicher könnte geholfen werden, wenn er als Fischerknecht Anstellung fände! Wie man in England das Seefischereigewerbe schätzt, geht daraus hervor, daß die englische Fischereiflotte 1905 schon 1074 Fischdampfer zählte, die deutsche nur 116. Von den Engländern werden etwa siebenmal mehr, von den Holländern viermal mehr und von den Norwegern dreimal mehr Heringe gefangen als von den Deutschen. Der gesamte englische Seefischereiertrag ist jährlich fast achtmal größer als der deutsche, und ähnlich scheint es sich mit dem Verbrauch zu stellen. Bei der Übervölkerung, die unserm Vaterlande mehr und mehr droht, sollte man den Seefischen in der Volksernährung immer mehr Beachtung schenken und in den vielen deutschen Großstädten zweckmäßigere Fischmärkte einrichten, wo die Seefische gut und billig in großen Mengen abgesetzt werden können. Der Deutsche versteht die Seefische als Nahrung noch immer nicht genügend zu würdigen; sie müssen ihm mundgerechter gemacht werden.

Bisher wurden nur die unmittelbaren Seeinteressen berücksichtigt, nämlich soweit sie die See selbst als Schauplatz oder richtiger zumeist nur als Fahrstraße berühren. Im weitern Sinne kann man auch die deutschen Interessen in fremden Ländern, namentlich in solchen, die nur zur See bequem erreichbar sind, betrachten; dann darf man auch die deutschen Kapitalanlagen im Auslande, die deutschen Kolonien und schließlich die (allerdings leider noch herzlich unbedeutenden) deutschen Seekabel zu den deutschen Seeinteressen rechnen. Welchen wirklichen Wert deutsche Kapitalanlagen in ausländischen Staatspapieren haben, darüber können wohl nur Geldleute urteilen; als Laie kann man in Zweifel geraten, ob es überhaupt zweckmäßig für das Vaterland sei, wenn deutsches Geld fremden Staaten Dienste leistet. Man braucht dabei nicht so besorgt zu sein wie Martin, aber fremde Werte, ganz gleich, ob russische, griechische, türkische, argentinische oder andre Staatspapiere, sind immer Anlagen, die auch dann, wenn die Zinsen pünktlich gezahlt werden, dem Auslande mehr Nutzen bringen als dem deutschen Volke. Außerdem besteht immer die Möglichkeit, daß der fremde Staat mit dem geliehenen Gelde seinem Heere oder seiner Flotte solche Widerstandskraft gibt, daß wir davon Schaden haben. Anders verhält es sich freilich mit den Kapitalanlagen zugunsten deutscher Unternehmungen, z. B. der Anlage von Eisenbahnen, Häfen, Kohlenlagern, Fabriken im Auslande; solche darf man mit Fug und Recht den deutschen Seeinteressen hinzurechnen, wenn sie von Deutschen betrieben werden, und wenn ihr Betriebsnutzen dem Deutschen Reiche nicht völlig verloren geht. Also es muß immer die auf Seite 135 erwähnte „werbende Tätigkeit deutschen Kapitals“ im Auslande nachweisbar sein, damit die betrachtete Kapitalanlage den deutschen Seeinteressen zugezählt werden darf. Da aber ein solcher Nachweis schwierig ist, sollte man doch die im neunten Teil gegebnen Zusammenstellungen, so wertvoll sie an sich auch sind, mit einiger Vorsicht bei ihrer Einschätzung als wirkliche, des Schutzes durch die Flotte bedürftige Seeinteressen betrachten. Kanonen, die von deutschen Fabriken an China geliefert und mit deutschem Gelde bezahlt werden, dann deutsche Seeleute vernichten, sind negative Seeinteressen!

Man darf nicht vergessen, daß auch eine Schutzflotte wie die deutsche nur ein Machtmittel ist; für ihre Stärke ist also immer die Stärke möglicher Gegner maßgebend. Dieser Kernpunkt der ganzen Sache ist im dreizehnten Teil kurz und bündig, aber auch klar und deutlich genug für jedermann behandelt. Solange Deutschland nur ein Drittel der Summe einstellt, die England für seine Marine auswirft, so lange kann es auch nur auf ein Drittel des Schutzes seiner Seeinteressen im Vergleich mit dem, den die englische Flotte verbürgt, rechnen. Und solange Deutschland wachsende Seeinteressen hat, wie sie im ersten bis achten Teil der betrachteten Schrift mustergiltig und anschaulich geschildert sind, so lange bleibt es Pflicht der deutschen Staatslenker, für ausreichenden, wachsenden Schutz dieser Seeinteressen durch kriegsbereite Machtmittel zu sorgen. Ein Vorzug der Schrift, der ihre Verbreitung und Beachtung sichert, ist der, daß sie sich von jeder nationalsentimentalen Gefühlspolitik und von jeder agitatorischen Tendenz freihält. Nur die orthodoxe Sozialdemokratie wird nichts

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

aus der fleißigen Arbeit lernen, obgleich es gerade der deutsche Industriearbeiter ist, der zuerst verhungern müßte, sobald die deutschen Seeinteressen seemächtigen Gegnern zur Beute werden. Georg Wislicenus

Bücher von Möbius. Der sechste Band der bei Johann Ambrosius Barth in Leipzig erscheinenden ausgewählten Werke des bekannten Nervenarztes P. J. Möbius ist Im Grenzlande betitelt. Er enthält sechs Abhandlungen philosophischen Inhalts. Möbius bekennt im Vorwort, daß Philosophie immer sein Lieblingsstudium gewesen sei, und daß er, wenn es ihm möglich gewesen wäre, lieber Philosoph von Fach als Arzt geworden wäre. Er selbst und seine Patienten mögen Gott dafür danken, daß sein Herzenswunsch nicht erfüllt worden ist; mehr Philosophen, als wir schon haben, sind wirklich nicht nötig. Das heißt, was man so Philosophen nennt. Echte Liebhaber der Weisheit freilich können wir nicht genug haben, aber ein solcher kann man als Arzt, Schulmeister, Landwirt oder Schuster viel eher sein als im Stande der Philosophieprofessoren. Zwei der Abhandlungen empfehlen in Dialogform die Philosophie Fechners, zu dessen begeisterten Jüngern Möbius gehört, einer trägt recht annehmbare Ansichten über Religion vor, und einer, der von der Menschenveredlung handelt, spricht sehr verständig über die Bedeutung des Adels. Daß sich Möbius um die Rehabilitierung Galls bemüht, haben wir schon im 24. Heft 1904 erzählt. Nach den Präliminarien in seinem Goethebuche hat er ihm nun einen besondern Band, den siebenten der ausgewählten Werke, gewidmet: Franz Josef Gall (1905). Der Mann und seine Lehre sind sehr interessant; die Entscheidung jedoch über den wissenschaftlichen und praktischen Wert der Phrenologie und Kraniosкopie müssen wir den Fachgelehrten überlassen, die sich wohl noch ein Weilchen darum streiten werden.

Gegen die Pornographie. Der Oberlehrer Dr. Ludwig Kemmer in München, Arcisstraße 32, ist den Grenzbotenlesern als Bekämpfer der Pornographie bekannt. Er hat jetzt eine Schrift herausgegeben: Die graphische Reklame der Prostitution, die bei C. H. Beck in Nördlingen als Manuskript gedruckt worden ist — die Herstellungskosten haben einige gleichgesinnte Freunde aufgebracht —, weil ein Verleger nicht zu gewinnen war. Über die Beschaffung des amtlichen Materials, das der Schrift zugrunde liegt, berichtet der Verfasser: Bei einem flüchtigen Einblick in die Tätigkeit der Münchner Zensurbehörde habe er die Überzeugung gewonnen, daß er von der wirklichen Größe der unserm Volke von der sich als Kunst und Literatur gebärdenden pornographischen Industrie bis dahin kaum eine Ahnung gehabt habe. Er habe die Erlaubnis erbeten und erhalten, sich aus den von der Polizei gesammelten Proben zu informieren, und so habe er das Material beschafft, das er den Volksvertretern, Vätern, Müttern, Lehrern, Ärzten als eine unerfreuliche, aber vielleicht doch dem Volke heilbringende Gabe darbiete. Schlimmer noch als die Scheußlichkeiten selbst, die man hier kennen lernt, ist der Umstand, daß zur Herstellung eines Teils davon Kinder, Jünglinge, Mädchen, Frauen des bayrischen Landvolks als Modelle benutzt werden, die man durch die Stellungen, die sie einnehmen müssen, für die Prostitution dressiert. Wer diese Volkspest, deren Vertreter es hauptsächlich auf die Verseuchung des bisher kerngesunden Bayernvolkes abgesehen zu haben scheinen, bekämpfen will, muß sie kennen, und Kemmers Schrift dürfte die einzige Quelle sein, die darüber vollständigen Aufschluß gibt.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG